

EUROPAWEIT AUF DIE STRASSE

»Wohnen für Menschen statt Profite!«

50.000 Menschen beteiligten 2019 am ersten »Housing Action Day« in 19 Städten bundesweit. Dieses Jahr sollen die Mietproteste europaweit ein noch deutlicheres Signal setzen. »Wohnen für Menschen statt Profite!« lautet das Motto für den Housing Action Day am 28. März 2020. In 34 europäischen Städten werden Aktionen vorbereitet. In Berlin wird eine Großdemonstration um 14 Uhr am Potsdamer Platz in Richtung Schöneberger Norden starten. Aufgerufen dazu hat das »Aktionsbündnis gegen Mietswahn und Verdrängung«, ein bundesweiter Zusammenschluss von Mieter*inneninitiativen und »Recht auf Stadt!«-Gruppen.

HOLGER LAUNGER, BERLIN

Sich und anderen Mut machen, sich kennenlernen und vernetzen, durch Wissensaustausch Zeit sparen, durch gemeinsames Auftreten die Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit erhöhen, gemeinsam mehr Durchsetzungskraft entwickeln – vor drei Jahren auf der »4. Kiezversammlung gegen Verdrängung« in Berlin-Kreuzberg äußerten viele Initiativen den Wunsch, sich durch eine selbstorganisierte Kooperation gegenseitig zu stärken und den Kampf der zahlreichen, aber vereinzelt agierenden Berliner Initiativen durch eine große Demonstration in das öffentliche Bewusstsein zu bringen. So kam es 2018 zu einer schnellwachsenden Bündnis-Bildung um die bekannteren Initiativen »Zwangsräumung verhindern!«, »Bizim Kiez« und »Deutsche Wohnen-Vernetzung«.

40.000 Menschen und rund 300 Initiativen haben daraufhin im April 2019 auf dem Alexanderplatz ihren Unmut in der Wohnungsfrage kundgetan. Wenig später im August 2019 wurde das bundesweite Bündnis in Göttingen gegründet, das auch Teil der »European Action Coalition for the Right to Housing and to the City«



▲ »Mietswahn«-Demo am 6. April 2019 in Berlin.

Foto: Berty Luyeye-Mbuka

ist, eine Netzwerkstruktur, die in 30 Städten und 20 Ländern über stadtpolitische Gruppen kampagnenfähig ist.

Das Berliner Bündnis Mietswahn

Ihre »Offenen Plena« laden zum Mitmachen ein. Parteien und ihre Funktionär*innen sind auf den Vernetzungstreffen der Initiativen nicht erwünscht. Interessierte können das Berliner Bündnis Mietswahn als Berliner Bündnis Mietswahn diensttagend im Kreuzberger Nachbarschaftszentrum Kiezanker kennenlernen. Beeindruckend schon die ritualisierte, Vorstellungsrunde. Bei der Vorstellungsrunde wird die vielfältige Bandbreite der unterschiedlichen Menschen und ihren Initiativen erkennbar: Von Jung bis Älter, Innenstadt und Randbezirke, Ost und West, von bürgerlich zu politaktivistisch wirkenden Menschen – alle geeint in ihrem Ansinnen gegen die Auswüchse auf dem Berliner Wohnungsmarkt.

In »Mietstadt Berlin« sind die Angebotsmieten zwischen 2013 und 2017 um 25 Prozent gestiegen, die ortsüblichen Vergleichsmieten um 15 Prozent. Nach Schätzungen des Mietervereins fehlen mindestens 100.000 Sozialwohnungen. Deren Bestand wurde in den letzten zehn Jahren halbiert. Die Einkommen der privaten Haushalte können den Mietpreisen nicht folgen. Circa 37.000 Menschen sind wohnungslos, ihre Anzahl hat sich von 2014 auf 2017 fast verdreifacht. Beschämender Weise stehen in Berlin 70 »Geisterhäuser« aus Spekulationsgründen leer und zugleich werden jährlich 5.000 Zwangsraumungen polizeilich durchgeführt.

Heute wir, morgen ihr?

Hinter den abstrakten Zahlen verbergen sich Schicksale und Geschichten von Kämpfen gegen die Verdrängung. So engagiert sich Regina mit einer Bi gegen den Teilabriss des alten Wasserwerks in Tegel und

für die Übernahme des Areals mittels einer gGmbH der Bewohner*innen. Gerd unterstützt das »Sozialbündnis« in Treptow. Dort haben Käufer*innen von Häusern momentan die höchsten Renditeerwartungen. Rund um den begehrten »Plänterwald« werden Altbauwohnungen aufgekauft, modernisiert und finanziell schwächere Mieter*innen durch drastische Mietssteigerungen ausgetauscht.

In Berlin-Mitte, in der Habersaath-Str. 40-48, sind 80 jahrelang leerstehende Wohnungen das Ergebnis einer krassen Entmietungsstrategie. Weil der Eigentümer die Sanierung eines WB70-Plattenbaus für nicht rentabel erachtet, stellt er den Antrag auf Abriss und versendet Verwertungskündigungen. Der Abriss ist abgelehnt, muss aber in einem Widerspruchsverfahren jahrelang verhandelt werden. Die Kündigungen aber sind rechtlich wirksam. Weil es für sie keinen bezahlbaren Wohnraum gibt, weigern sich Daniel und ca. 20 Bewohner*innen, ihre Wohnungen zu verlassen. Sie gelten nun offiziell »Hausbesetzer*innen«.

Sandrine will mit ihrer Hausgemeinschaft AmMa65 e.V. mehr Mitbestimmungsrechte bei der Verwaltung des Hauses von einem landeseigenen Wohnungsbaunehmen erhalten. Dieses reagiert aber nicht auf die Anliegen ihrer Mieter*innen. Wohl nicht von ungefähr ist sie vom in Schweden praktizierten Modell der »Mietergewerkschaft« angetan. Mieter*innen eines Hauses bilden Interessensorganisationen, verhandeln ihre Mieten, gegebenenfalls flankiert mit kollektivem Mietstreik. »Umwandlung in Eigentum« scheint die neue Entmietungsstrategie, die dem Verein »Unser Block bleibt!« aus dem Reuterkiez, in zunehmendem Maße auch vielen anderen Mietshäusern in Berlin, nach der Ankündigung des Mietendeckels widerfährt. Zwei Drittel der Mieter*innen von den 17 Häusern in Neukölln haben von ihrem Bezirksamt erfahren, dass der Eigentümer einen Antrag auf »Begründung

von Wohnneigentum« beantragt hat. Zuvor konnte die Mieterschaft sich gegen den Trick »Umfassende Modernisierung« und folgenden, überbeurteilten Mieten gerichtlich durchsetzen. Nun sollen die Mietwohnungen einzeln teuer verkauft werden. Trotz Milieuschutzgebiet muss das Amt die Umwandlung genehmigen. Dann haben die Mieter*innen ein befristetes Vorkaufsrecht an ihren bisher noch bezahlbaren Mietwohnungen.

Kritik am Mietendeckel

Das Bündnis begrüßt die Einführung des Mietendeckels. Die politische Maßnahme will die Mieten für die kommenden fünf Jahre auf ihrem aktuellen Stand »einfrieren«. Mietobergrenzen, beurteilt nach Lage, Baujahr und Ausstattung, sollen festgelegt werden. Für zukünftigen Neubau gelten die Regeln allerdings nicht. Zudem gilt er als verfassungsrechtlich umstritten, gerichtliche Klagen laufen, er ist also noch nicht abschließend rechtssicher.

Das verunsichert natürlich Mieter*innen, die gegen ihre überbeurteilten Mieten eigenständig gegen den Vermieter klagen müssen. In der Einschätzung der Expert*innen des Berliner Bündnisses kann die Maßnahme, wenn sie nicht weiter »verwässert« werde, helfen, die zukünftigen Mietsteigerungen zu verlangsamen. Für Wohnungs- und Obdachlose, den Zwangsgeräumten und Migrant*innen in Notunterkünften, den durch kurzfristige Kündigungsmöglichkeit bedrohten Kleinunternehmern und Kulturinstitutionen mit Gewerbemietverträgen, der von »Umwandlung in Eigentum« bedrohten Mieterschaft, den 35 Prozent der Grundsicherung-Bezieher, die einen Teil ihrer Miete aus der Grundsicherung bezahlen müssen, ist die Einführung des Mietendeckels allerdings überhaupt keine Hilfe.

Auch deshalb ruft das Aktionsbündnis zur Teilnahme an den Demonstrationen am 28. März auf.

MELDUNGEN

»Widerständige Alte« verurteilt

Das Landgericht Koblenz hat ein Go-In auf die Startbahn des Atomwaffenstandorts Büchel (Eifel) mit je 30 Tagessätzen geahndet. Fünf Atomwaffengegner*innen, darunter Contraste-Redakteurin Ariane Dettloff (76), hatten die Atomkriegsübungen der Bundeswehr dort im Juli 2018 behindert. Einen »rechtfertigen Notstand« konnte das Gericht nicht erkennen. Es nannte die Ziele der »Delinquent*innen« zwar anerkennenswert, hält aber »Hausfriedensbruch« für den falschen Weg. Die Beklagten beantragten Revision gegen das Urteil.

Unterstützungskonto: Uwe Lutz-Scholten,
IBAN DE64 5235 0005 0000 7696 87
Stichwort: Aktion Büchel 2018

Theologinnen über Nacht eingesperrt

Das Institut für Theologie und Politik (ITP) berichtet in einer Pressemitteilung, dass Anfang Februar zwei ihrer Mitarbeiter*innen sowie eine dritte Person von der Polizei grundlos in Gewahrsam genommen. Die Betroffenen hielten sich in einem Fahrzeug in der Nähe des Kohlekraftwerks Datteln IV auf, wo u.a. das Aktionsbündnis Ende Gelände zu Protesten aufgerufen hatte. Die Polizei kontrollierte Fahrzeugpapiere und Personalien und durchsuchte das Fahrzeug auf gefährliche Gegenstände. Obwohl die Beamten dabei nichts finden konnte, wurden die Insassen über Nacht in Einzelzellen gesperrt. Die Betroffenen wollen alle rechtlichen Schritte ausschöpfen.

Link: <https://www.itp.de/theologinnen-uber-nacht-eingesperrt>

MOVE Utopia findet wieder statt

Im Sommer 2020 soll wieder ein MOVE Utopia stattfinden. Nun werden dringend noch Menschen gesucht, die Lust haben, das Orgateam zu unterstützen – mit Motivation und ein bisschen Zeit. Wer sich angesprochen fühlt, ist herzlich eingeladen, Kontakt aufzunehmen und zu einem der nächsten Treffen zu kommen. Der genaue Zeitpunkt und der Ort des MOVE Utopias werden noch ermittelt und bald bekannt gegeben.

Mail: info@move-utopia.de
Internetseite: <https://move-utopia.de>

ANZEIGE



Die Freileinerzeit bietet Austausch und Vernetzung zu selbstbestimmter Bildung. Wir setzen uns für das Recht junger Menschen ein, selbst zu entscheiden, wo sie sich aufhalten und mit welchen Inhalten sie sich beschäftigen.

www.freileiner.de

Forderungen des »Housing Action Day«

1. Wir wollen echte soziale Mieten und ein grundlegend anderes Miethöhenrecht. Keine Profite mit der Miete!
2. Ein Ende von Zwangsraumungen und Wohnungslosigkeit. Housing First in wurdvollen Wohnungen und ein einklagbares Recht auf Wohnen!
3. Leerstand beenden! Wir fordern, dass die Vermietung von spekulativen Leerstand erzwungen werden kann. Besetzungen legalisieren!
4. Echte demokratische Mitbestimmung und kollektive Rechte für Mieter*innen. Wir wollen mitbestimmen, was mit unserem Zuhause passiert!
5. Eine neue Gemeinnützigkeit im Wohnungsbereich, ein Ende der Bodenspekulation, eine Sozialisierung des Grundeigentums, die Vergesellschaftung der großen Wohnungskonzerne. Wohnraum und Boden dürfen keine Ware sein!
6. Einen radikalen Kurswechsel in Politik und Wirtschaft: Für eine solidarische und ökologische Stadtentwicklung!

Links:
Aktionen in Berlin:
www.mietswahn.info
Deutschland- und europaweite Aktionen:
www.housing-action-day.net
European Action Coalition: <https://housingnotprofit.org>
Mietenswatch: www.mietenswatch.de